

Antrag

des Abgeordneten Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Bürokratieabbau als Schwerpunktthema der Arbeit des Ministerpräsidenten und der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was genau die Überlegungen des Ministerpräsidenten sind, um Maßnahmen gegen zu viel Bürokratie zu ergreifen, von denen er in der Regierungspressekonferenz am 17. Mai 2022 gesprochen hat;
2. welche Fälle der Ministerpräsident täglich auf seinen Tisch bekommt, die „Überbürokratie“ aufzeigen;
3. was genau er mit diesen Fällen unternimmt und bei welchen er durch umgesetzte Maßnahmen bereits Besserung erreichen konnte;
4. wie und auf welcher Basis der Ministerpräsident zu der Einschätzung kommt, dass nur sechs Prozent aller bürokratischen Regelungen auf das Land zurückzuführen seien;
5. inwiefern sich diese relative Zahl sechs Prozent auch absolut quantifizieren lässt, bspw. in der Anzahl an bürokratischen Regelungen, entstandenen Kosten, verursachter Arbeitsaufwand, etc.;
6. welche Ziele, ausgedrückt in einer Prozentzahl, die Landesregierung zur Reduktion dieser Regelungen im Umfang von angeblich sechs Prozent hat;
7. welche Anstrengungen die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident selbst, seitdem er dieses Amt innehat, unternommen haben, um auch die anderen angeblich 94 Prozent zu reduzieren;
8. was genau es bedeutet, dass Bürokratieabbau ein Schwerpunkt des Ministerpräsidenten in seiner dritten Amtszeit sei;
9. inwiefern dies im Umkehrschluss bedeutet, dass in den ersten beiden Amtszeiten seine Schwerpunkte auf anderen Themenfeldern lagen und was genau diesen Wandel ausgelöst hat;
10. wie sich dieser Schwerpunkt im Koalitionsvertrag widerspiegelt;
11. inwiefern dies Thema in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen war und welche Auswirkungen es auf die finale Koalitionsentscheidung hatte;
12. welche Aktivitäten es zum Bürokratieabbau durch die Landesregierung seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode gegeben hat;
13. welche Pläne es von Seiten der Landesregierung zur Aufstellung eines neuen Regierungsprogramms Bürokratieabbau oder zu Maßnahmenpaketen oder Arbeitsprogrammen es gibt;
14. welche Gesetze, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften, die dem Once-Only-Prinzip entgegenstehen, die Landesregierung bisher identifiziert hat;
15. wie sie das Instrument der sog. Sunset-Klauseln (d.h. ein Gesetz oder Verordnung wird von Beginn an mit einem Datum versehen, bei dem es wieder automatisch außer Kraft tritt, insofern nicht eine aktive Verlängerung erfolgt ist) bewertet und wie oft sie es in den Legislaturperioden 15 und 16 angewendet hat bzw. in Zukunft anzuwenden plant;

20.06.2022 Dr. Schweickert, Birnstock, Bonath, Brauer, Haag, Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Dr. Kern, Reith, Scheerer, Weinmann FDP/DVP

Begründung:

In der Regierungspressekonferenz am 17. Mai 2022 hat sich der Ministerpräsident ausgiebig zum Themenfeld Bürokratieabbau geäußert. Der Antrag möchte eruieren, inwiefern es sich dabei um Ankündigungen und Wünsche handelt, oder ob hinter diesen Aussagen auch konkrete Aktivitäten und Maßnahmen der Landesregierung stehen.